

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortlich: Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Reichshilfe für Landwirtschaft und Handwerk

Erweiterung des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft — Ein Staatssekretär für Handwerk und Mittelstand

U. Berlin, 14. Febr. Heute nachmittag wird das Reichskabinett wieder zusammentreten. Es dürfte im wesentlichen die Frage einer Erweiterung des landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutzes behandelt werden. Außerdem wird sich das Kabinett voraussichtlich mit den Handelsbeziehungen mit Frankreich befassen. Bei den auf Grund des deutsch-französischen Zusatzabkommens vom 28. Dezember 1932 gekündigten Bindungen für eine Anzahl von landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen handelt es sich u. a. um folgende Positionen: Hülsenfrüchte, Karpfen, Schleie, Tafelkäse, gewisse Dele und Deltsaaten, Margarine, baumwollene Textilien usw.

Es ist anzunehmen, daß die an den Beerdigungsfeierlichkeiten in Neunkirchen teilnehmenden Minister v. Papen und Syrup im Laufe der Kabinettsitzung wieder in Berlin eintreffen werden.

Das Handwerk beim Kanzler

Reichskanzler Hitler, der am Montag wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, wird im Laufe der Woche die Vertreter des Handwerks empfangen. Es bestätigt sich, daß der Posten eines Staatssekretärs für Handwerk und Mittelstand im Reichswirtschaftsministerium geschaffen werden soll.

Bizekanzler von Papen in Neunkirchen

Bizekanzler von Papen ist im Laufe des Montag von Saarbrücken kommend, wohin er sich am Montag morgen im Flugzeug aus Berlin begeben hatte, in Neunkirchen eingetroffen. Das von der Explosion betroffene Gebiet ist am Montag mit einem besonders großen Polizeiaufgebot abgesperrt worden, weil man die Aufräumungsarbeiten mit größter Beschleunigung durchführen will, um nach Möglichkeit bis heute die noch Vermissten aufzufinden. Die Gefahr der Explosion einiger Benzolbehälter ist noch nicht ganz gebannt, so daß für die Aufräumungsarbeiten eine gewisse Gefahr besteht. Die Stadt selbst ist kaum noch gefährdet. Am Montag wurde unter den Trümmern noch ein junges Mädchen und eine Frau tot geborgen. Bei den Aufräumungsarbeiten ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Ein Helfer wurde verschüttet und ziemlich schwer verletzt. — Die Trauerfeierlichkeiten werden heute mittag beginnen.

Nach der amtlichen Verlustliste beträgt die Zahl der Todesopfer der Explosionskatastrophe bisher 54, darunter 24 Männer, 22 Frauen und 8 Kinder. Von den 24 Männern sind 21 Werksangehörige, von den weiblichen

Toten sind 18 Ehefrauen von Werksangehörigen. Die Zahl der Vermissten beträgt 14. Die zuständigen Stellen sind eifrig bemüht, die Frage der Unterbringung der Obdachlosen einer möglichst raschen Lösung zuzuführen. Durch die Explosion sind über 100 Wohnungen verloren gegangen. Die am meisten in Mitleidenschaft geogene Saarbrücker Straße soll nicht wieder aufgebaut werden.

Die Kommunisten verbreiten ein Flugblatt, das gegen die Direktion des Eisenwerks Neunkirchen schwere Vorwürfe erhebt und zum Generalstreik auffordert.

Blomberg und Raeder besuchen die Marine

Nach einer Mitteilung der Marineleitung der Ostsee werden der Reichswehrminister General a. D. von Blomberg und der Chef der Marineleitung Admiral Raeder am 16. Februar zu einem Besuch der Marine in Kiel eintreffen. Für den 17. Februar ist vorgesehen ein Besuch beim Stationschef mit anschließender Ansprache an das Offizierskorps, Besuch beim Flottenchef auf Linienschiff Schleswig-Holstein und kurze Besichtigung des Panzerschiffes „Deutschland“, auf dem Kaiserhof in der Wich Abstreifen der Front der Truppen des Standortes Kiel und der Abordnungen der Flottenstreitkräfte. Die Abreise ist auf den 18. Februar festgesetzt.

Der Reichsrat wieder einberufen

Der Reichskommissar für Preußen ernennt einen Bevollmächtigten

Der Reichsrat ist nunmehr zu seiner nächsten Voll Sitzung für Donnerstag, 16. Februar, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nur kleinere Vorlagen. Wie der „Preussische Staatsanzeiger“ meldet, ist der Ministerialrat im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Neumann, zum Ministerialdirektor in der Stelle eines stellv. Bevollmächtigten zum Reichsrat im Hauptamte ernannt worden.

Zu der Einberufung des Reichsrats durch die Reichsregierung und der Ernennung des bisherigen Ministerialrates im preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Neumann, zum stellvertretenden Bevollmächtigten Preußens, meldet die „Vossische Zeitung“, es sei anzunehmen, daß die süddeutschen Länder gegen die Vertretung der preussischen Stimmen durch einen von dem Reichskommissar ernannten Bevollmächtigten Protest einlegen werden. Nach der „Germania“ steht es noch sehr dahin, ob Preußen und die süddeutschen Länder unter diesen Umständen Interesse am Zusammenritt des Reichsrats bekunden werden.

Tages-Spiegel

Reichskanzler Hitler äußerte sich einem englischen Zeitungsvertreter gegenüber über die außenpolitischen Forderungen Deutschlands. Seine Ausführungen haben in Frankreich und Polen Erregung hervorgerufen, während Italien Beifall spendete. Seitens der Reichsregierung wird jetzt mitgeteilt, daß die Äußerungen des Kanzlers entstellend wiedergegeben worden seien.

Das Reichskabinett wird heute wieder zusammentreten, um sich mit der Erweiterung des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft zu beschäftigen.

Für Handwerk und Mittelstand soll ein Staatssekretärposten im Reichsinnenministerium geschaffen werden.

Auf Anordnung von Reichskommissar Goering sind in den oberen preussischen Verwaltungs- und Polizeistellen zahlreiche Fernurlaubungen und Verabschiedungen verfügt worden. Dieser „Beamten-Umbau“ in Preußen traf bisher 7 Oberpräsidenten, 15 Regierungspräsidenten, 9 Bizepräsidenten und 24 Polizeipräsidenten.

Anlässlich der Neunkirchner Katastrophe hat ein Telegramm aus Italien zwischen dem König von Italien und dem Reichspräsidenten stattgefunden. Bizekanzler v. Papen ist in Neunkirchen eingetroffen.

Bei den Abstimmungen über die Finanzvorlage erreichte die Regierung Daladier in der Kammer eine Mehrheit von 32 Stimmen.

Aus Italien kommt die Nachricht von geheimen Waffenslieferungen großen Umfangs aus der Tschechoslowakei nach Südrussland.

Volkskammer Radolny beantragte zum Schluss, daß vor der Ueberweisung der Entschädigungen an den Luftfahrtversicherer der Hauptausschuß grundsätzliche Entscheidungen über die völlige Abschaffung der Militärversicherung treffen soll.

Die gegenwärtigen Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz werden in unrichtigen Kreisen in wachsendem Maße unter dem Gesichtspunkt der Schuldfrage und Verantwortlichkeit für einen etwaigen ergebnislosen Ausgang der Konferenz gewertet. Es besteht allgemein der Eindruck, daß in den Kreisen der ehemals alliierten Großmächte nicht mehr mit praktischen Ergebnissen der Konferenz gerechnet wird und daß daher die Haltung dieser Mächte wesentlich von dem Gesichtspunkt beeinflusst ist, im Falle eines Mißerfolges der Konferenz die öffentliche Meinung der Welt auf ihrer Seite zu haben.

Deutsch-argentinische Wirtschafts-Verständigung

U. Berlin, 14. Febr. Zwischen der deutschen und der argentinischen Regierung ist es zu einer Verständigung in der Form gekommen, daß die argentinische Regierung nach vorausgegangener Prüfungnahme mit der chilenischen Regierung sich bereit erklärt hat, das argentinisch-chilenische Abkommen so abzuändern, daß die bisherige Beschränkung der deutschen Einfuhr praktisch aufgehoben wird. Die argentinische Verordnung ist bereits am 9. Februar in Kraft getreten.

Die deutsche Regierung hat daraufhin beschlossen, die deutschen Maßnahmen gegenüber Argentinien, nämlich die Anwendung des Kolobertarifs und die Streichung Argentinens von der Meistbegünstigungsliste wieder aufzuheben.

Erdbebenkatastrophe in Inner-China

U. Peking, 14. Febr. Wie erst jetzt bekannt wird, hat sich am 26. Dezember 1932 in der innerchinesischen Provinz Kansu (zwischen Tibet und der Mongolei) ein außerordentlich schweres Erdbeben ereignet. Reisende, die aus Kansu eingetroffen sind, berichten, daß zahlreiche Städte und Dörfer vollständig vernichtet worden sind. So sollen die Städte Pingfan und Labran mit je 11 000 Einwohnern völlig vom Erdboden verschwunden sein. In der Umgebung der Stadt Koati sollen allein 40 Dörfer und Ortschaften zerstört sein. In einem Dorfe stürzten die Schulgebäude während des Unterrichts zusammen. 300 Schüler und 11 Lehrer wurden verschüttet. Die Chinesen versuchen mit allen Mitteln, die Provinz Kansu zu verlassen.

Mangelnder Abrüstungswille in Genf

Deutsch-französische Auseinandersetzungen — Der Vertreter Deutschlands fordert entscheidende Beschlüsse

Genf, 13. Febr. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz fand am Montag eine lebhaft deutsch-französische Auseinandersetzung über die weitere Behandlung der Hauptfragen der Abrüstung statt. Botschafter Radolny beantragte in Uebereinstimmung mit der italienischen und ungarischen Regierung unverzüglich die Frage des Kriegsmaterials zu verhandeln. Er erinnerte hierbei an den großen Abrüstungsvorschlag Hoovers, in dem die Abschaffung der schweren Angriffswaffen als erste Vorbedingung für die allgemeine Abrüstung und Sicherheit bezeichnet wird. Radolny zielte auf die Entschliessung vom 23. Juli hin, in der gleichfalls endgültige Beschlüsse zur Abschaffung der schweren Angriffswaffen gefordert werden. Der Hauptausschuß könne daher jetzt unverzüglich die Entscheidung über das Verbot und die Zerstörung der großen Angriffswaffen fassen. Radolny warnte davor, durch fortgesetzte Programmänderungen praktische Ergebnisse unmöglich zu machen.

Der deutsche Vorschlag wurde von dem englischen Unterstaatssekretär Eden und vom Präsidenten Henderson unterstützt, die sich dem deutschen Vorschlag auf Ueberweisung der effektiven Truppenbestände berührenden Fragen des dringlichen Arbeitsprogramms an den zuständigen Effektivausschuß anschlossen. Auf der Gegenseite blieb der deutsche Vorschlag, wie vorausgesehen war, auf starken Widerstand. Paul-Boncour erklärte, es sei unmöglich, über das Kriegsmaterial zu beraten, ohne vorher eine grundsätzliche Entscheidung über den künftigen Charakter der Heere zu fällen. Der Umfang des Verbots des Kriegsmaterials hänge von den Heeren ab, denen die Waffen zur Verfügung gestellt würden. Das Kriegsmaterial und die effektiven Truppenbestände seien unlösbar zusammenhängende Größen.

Radolny, der fortgesetzt in die Aussprache eingriff, wies auf das einzig mögliche Verfahren hin, die Effektivafrage durch den zuständigen Ausschuss behandeln zu lassen und die unerlässlichen grundsätzlichen Entscheidungen über das Kriegsmaterial im Hauptausschuß sofort zu treffen. Die Verhandlungen nahmen eine andere Wendung als der Reihe nach die Vertreter der französischen Staatsgruppen Tschechoslowakei, Polen, Spanien und Rumänien eingriffen. Der Hauptberichterhatter der Konferenz, Benesch, beantragte mit Unterstützung des spanischen Vertreters Einsetzung eines engeren Redaktionsausschusses zur Aufstellung der grundsätzlichen Fragen des künftigen Heeresystems, über die dann im Hauptausschuß vor der Ueberweisung an den Effektivausschuß entschieden werden soll. Nach längerer Aussprache wurde ein Redaktionsausschuß aus Vertretern von Frankreich, England, Deutschland, Italien, Vereinigten Staaten, Japan, Sowjetrußland, Spanien, Tschechoslowakei, Schweden und Türkei unter dem Vorsitz von Poltts eingesetzt, der dem Hauptausschuß bis zur nächsten Sitzung die grundsätzlichen Fragen und Richtlinien für die Behandlung der Heeresfragen vorlegen soll. Ueber diese Fragen soll im Hauptausschuß vor der Ueberweisung an den Effektivausschuß die grundsätzliche Entscheidung fallen. Ferner soll entsprechend den französischen Wünschen gleichzeitig mit der Behandlung der politischen Fragen durch den politischen Ausschuss im Hauptausschuß eine Aussprache über die französischen Pläne für die zukünftige Regelung der Heeresfragen stattfinden. Der politische Ausschuss ist auf Dienstagvormittag einberufen worden, um die Verhandlungen über die politischen Sicherheitsfragen aufzunehmen.

Reichskanzler Hitler über die außenpolitischen Ziele

Reichskanzler Hitler wurde von einem englischen Zeitungsvertreter nach seinen Hauptforderungen gefragt. Der Kanzler nannte zuerst die Rüstungsgleichberechtigung und fuhr dann fort: Der polnische Korridor muß an Deutschland zurückgegeben werden: er sei neben den Verträgen die größte Ungerechtigkeit gegen Deutschland. Die Frage des polnischen Korridors müsse bald gelöst werden. Der Kommunismus müsse gänzlich ausgerottet werden, um die friedliche Entwicklung und den Fortschritt Deutschlands möglich zu machen. Eine Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie stehe nicht zur Erörterung. Ein Kampf Republik gegen Monarchie würde die Parteien spalten und endlose Schwierigkeiten in dem Augenblick aufrufen, wo Deutschland ein einheitliches Ganzes sein müsse, bis man Klarheit habe. Die Lösung der kolonialen Frage müsse im Sinne der Gerechtigkeit gefunden werden. Deutschland brauche Kolonien ebenso notwendig wie andere Nationen.

Abschließend sagte Hitler, daß er von ganzem Herzen mit England zur Förderung des Weltfriedens zusammenarbeiten und bei niemanden Anstoß erregen wolle, wenn sich dies vermeiden lasse. Er bewundere die Staatsleute vom Schlage Cromwells, und Deutschland brauche einen Cromwell, um aus dem gegenwärtigen Zustand dauernder Gefahren und Schwierigkeiten heraus einem neuen Zeitabschnitt der Wohlfahrt und des Friedens entgegengeführt zu werden.

In Frankreich sind diese Auslassungen des Kanzlers übel vermerkt worden. Die Pariser Presse ist in großer Erregung. Das nationalsozialistische „Journal des Debats“ schreibt u. a., daß man sich einer Art Ultimatum gegenübersehe, in dem lediglich die Angabe des Zeitpunktes fehle, an dem Hitler seine Forderungen erfüllt zu sehen wünsche. Wenn man sich auch über die Ziele der deutschen Politik noch nie im unklaren gewesen sei und zugeben müsse, daß sich diese Politik nur dank der unglaublichen Fehler habe entwickeln können, die französischerseits gemacht worden seien, so sei es doch das erste Mal, daß die Schwäche Frankreichs dazu führe, daß die Drohungen nunmehr öffentlich ausgesprochen werden könnten.

Um die Aufgaben der Reichsregierung

Auf einem Berliner Presseabend der Deutschen nationalen Volkspartei äußerte sich Geheimrat Quaas über die Aufgaben des neuen nationalen Kabinetts. Daß dieses Kabinetts zustande kommen konnte, sei nicht zuletzt Engenberg zu verdanken, der bewußt die deutschnationale Partei zum Instrument des nationalen Willens trotz aller vom parteipolitischen Standpunkt aus drohenden Gefahren umgeseuert habe. Der Redner kennzeichnete dann den besonderen Charakter des Kabinetts. Eine parlamentarische Konstellation wäre wohl möglich gewesen unter Einfluß des Zentrums, aber das Ziel sei doch, konsequent wieder „auf deutsch zu regieren“. Die Arbeitslosigkeit, so betonte Quaas, sei nicht Schicksal, sondern das gesch-

Wirtschaftspartei und Reichstagswahl

U. Berlin, 13. Febr. Der Vorstand der Wirtschaftspartei nahm folgende Entschließung an: 1. Die Wirtschaftspartei betrachtet die Auslegung der Wahlrechtsverordnung durch das Reichsinnenministerium als mit der Verfassung nicht in Einklang stehend. Diese Auslegung durchbricht in entscheidender Weise das durch die Reichsverfassung garantierte Prinzip der Geheimwahl. Die Einbringung von 60 000 Unterschriften kann nicht mehr als geheime Wahl bezeichnet werden.

2. Die Wirtschaftspartei wird daher die Reichstagswahl vom 5. März ansprechen und eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Auffassung des Reichsinnenministeriums herbeiführen.

3. Die Wirtschaftspartei wird sich angesichts dieser Umgehung der Verfassung nicht mit einer eigenen Liste an der Reichstagswahl beteiligen.

4. Die Reichsvertreter der Wirtschaftspartei werden am kommenden Sonntag zusammentreten, um eine Wahlparole für den deutschen Mittelstand auszugeben.

Die deutsche Presse zur Pressenotverordnung

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse veröffentlicht zur neuen Pressenotverordnung folgende Entschließung:

„Für die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist die Erhaltung der Pressefreiheit, ohne die keine Presse als verantwortungsbewußter politischer und kultureller Faktor im Dienste des Staates und Volkes wirken kann, oberstes Gesetz. Sie erkennt jedoch in der heutigen Zeit schwerster politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen das Recht und auch die Pflicht der Regierung an, Volk und Staat gegen offensichtlichen Mißbrauch der Pressefreiheit zu schützen.“

Der Inhalt der neuen Pressenotverordnung richtet sich aber nicht nur gegen Mißbrauch der Pressefreiheit, sondern bietet auch die Handhabe, die pflichtbewußte Presse bei ihrer aktiven Mitarbeit an der Ueberwindung politischer und wirtschaftlicher Nöte zu hindern.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse erwartet von der Reichsregierung vorsorgliche Maßnahmen, die verhindern, daß sie nach subjektivem Ermessen Eingriffe in die Pressefreiheit vorgenommen werden, die weder in der Absicht der Staatsführung liegen können, noch den wohlverstandenen Interessen des Volksganzen entsprechen.

Zu einer Mitarbeit an der Abstellung von Mißbräuchen der Pressefreiheit steht die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse wie bisher so auch jetzt der Reichsregierung zur Verfügung.“

mäßige Ergebnis von dem was getan wurde. Eines der fürchterlichen Erbstücke der alten Regierung sei die Auslandsverschuldung. Reichsfinanzminister von Krosigk habe den Fehlbetrag unserer öffentlichen Haushalte mit 3,5 Milliarden beziffert. Alle diese fürchterlichen Erbstücke gelte es nun zu liquidieren.

Zur Außenpolitik erklärte der Redner: Es sei bisher noch niemand im Ausland recht zum Bewußtsein gekommen, daß der Deutsche das Herrenbewußtsein wieder gefunden habe. Das Ansehen des deutschen Namens sei auf ein Minimum gesunken. Hier könne nur helfen eine Politik der eisernen Konsequenz. Wir erwarteten gar nicht die Anerkennung der Gleichberechtigung durch Frankreich, sondern Frankreich müsse sich damit abfinden, daß wir Schritt für Schritt unseren eigenen Weg vorwärts gehen. Die Pfeilrichtung der deutschen Politik, die vor dem Kriege fehlerhaft nach Westen gerichtet gewesen wäre, müsse sich jetzt nach Osten richten. Ueber das Verhältnis der neuen Regierung zum Parlament erklärte der Redner, daß der Parlamentarismus zwar feilsch tot, politisch aber noch keineswegs erledigt sei. Es sei auch nicht die Absicht der jetzigen Regierung, das Parlament etwa abzuschaffen, sondern der Parlamentarismus solle nur zurückgeschraubt werden auf die Aufgaben der Kontrolle und der Gesetzgebung.

Neuordnung des sozialen Lebens

In seiner Rede in Kassel hat Reichskanzler Hitler vor seinen Parteianhängern ausgeführt: Das Programm, das verwirklicht wird, ist unendlich einfach. Es geht zunächst aus von der Quelle des Lebens des Volkes, seinem Fleiß und seiner Arbeit, und andererseits vom deutschen Lebensraum. Der Grundsatz: „Gilt dir selbst, dann hilfst du dir Gott“ muß in das Gehirn des Volkes eingestampft werden. Aus allen Berufsständen muß langsam wieder ein einheitliches Volk hervorgehen, das erkennen muß, daß der Nationalismus, dieses Gefühl des höchsten Stolzes, nur dann einen Sinn hat, wenn es sich verbindet mit dem Sozialismus.

Vizekanzler v. Papen erklärte in seiner Berliner Wahlrede u. a.: Ich sehe als die entscheidende Aufgabe des 20. Jahrhunderts die Entproletarisierung des deutschen Volkes. — Wir stehen heute vor einer gewaltigen Neuordnung unseres sozialen Lebens. Ein Aufstand des Volkes und des Geistes gegen die Herrschaft der Materie hat eingesetzt. Eine neue Menschenwürde und ein neues Gemeinschaftsgefühl wehren sich dagegen, daß das Leben vom Gelde her seine Ordnung erfahren soll. Wir müssen uns zu der revolutionären These bekennen, daß der Wiederaufbau weiter Kreise unserer Volksgenossen in die Volksgemeinschaft nicht durch die Verwandlung Deutschlands in einen Rentenstaat, sondern einzig und allein durch die Stärkung der Persönlichkeit und des Verantwortungsbewußtseins jedes einzelnen Deutschen erreicht werden kann. Wir müssen eine auf Jahrzehnte berechnete Ära der Befestigung für die breite Masse der Nation einleiten.

Diese Entschließung wurde dem Reichsinnenminister zur Kenntnis gegeben.

Rote Fahnen in Thüringen verboten

— Weimar, 18. Febr. Die thüringische Regierung veröffentlicht die Ausführungsbestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes. Darin heißt es unter anderem:

Das Zeigen von roten Fahnen mit und ohne Abzeichen und Symbole der KPD. — Hammer und Sichel — bei öffentlichen politischen Versammlungen sowie das Mitführen solcher Fahnen und Embleme bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen ist unzulässig. Diese Fahnen und Symbole sind als Wahrzeichen des Klassenkampfes und des Umsturzes zu betrachten und begründen daher bei der gegenwärtigen politischen Spannung die Befürchtung einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Politische Zusammenstöße

Ein Toter in Bensheim

Auf dem Ritterplatz in Bensheim (Hessen) kam es zu einer Schlägerei zwischen mehreren ortsanässigen Kommunisten und fünf Nationalsozialisten aus Reichensbach. Dabei wurde ein Nationalsozialist zu Boden geschlagen, worauf dieser aus einem Revolver mehrere Schüsse abgab. Auch ein anderer Nationalsozialist griff zur Waffe. Inzwischen wurden etwa 12 Schüsse abgegeben. Ein zufällig vorübergehender, völlig unbeteiligter 22jähriger Josef May aus Bensheim wurde durch einen Schuss in die Brust so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb.

Kommunistischer

Feuerüberfall während eines SA-Aufmarsches

In Eisleben kam es anlässlich eines SA-Aufmarsches zu einem Feuerüberfall von kommunistischer Seite, dem mehrere Tote und Verletzte zum Opfer fielen. Etwa 600 SA- und SS-Leute aus Eisleben und Umgegend marschierten durch die Straßen der Stadt. Im Breiten Weg wurde der Zug plötzlich aus den Fenstern der dort befindlichen Geschäftsstelle der kommunistischen Partei beschossen. Zwei SA-Leute (nach anderer Mitteilung drei) wurden getötet, 10 schwer verletzt. Nationalsozialisten und Polizei stürzten darauf das Parteihaus der KPD, und verletzten 12 Kommunisten schwer. Dem Nadelstichführer, einem Landtagsabgeordneten aus Merseburg, wurde ein Auge ausgeschlagen.

Wieder zwei Nationalsozialisten erschossen

In Heiligen bei Staßfurt wurde am Samstag der 27-jährige Nationalsozialist Gieslitz, als er nach Schluß einer Kundgebung mit mehreren Parteifreunden nach Hause gehen wollte, durch einen Kopfschuß getötet. Die Nordkommission

nahm vier Kommunisten in Haft. — Auf dem Amarsch zu einem nationalsozialistischen Treffen in Striegau wurde der Fahnenführer und Scharführer Ertel aus Wistegiersdorf in Leuthen bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten erschossen.

Braunschweiger Polizei schießt

In Braunschweig fand aus Anlaß einer Kreisversammlung der NSDAP, ein Werbemarsh der Nationalsozialisten, des Stahlhelm und anderer nationaler Verbände statt. Die Polizei hatte umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen. In den Straßen, in denen die Ruhe und Ordnung besonders gefährdet schien, mußten Türen und Fenster geschlossen bleiben. Polizeibeamte mit Stahlhelmen und Karabinern sorgten für die Durchführung dieser Ordnung. Mehrfach kamen die Anwohner der betreffenden Straßen den wiederholten Aufforderungen der Polizei nicht nach. Diese machte von der Schußwaffe Gebrauch. Es wurden insgesamt 4 Personen verletzt. — In Bochum wurde der 25jährige Dreher Krude bei einem Zusammenstoß mit zwei Polizeileutnanten durch einen Halschuß getötet. — In Dortmund erschach ein Nationalsozialist einen Kommunisten.

Schießereien in Berlin

In der Nacht auf Sonntag und im Laufe des Sonntags selbst kam es an verschiedenen Stellen der Stadt Berlin zu Schießereien. Unbekannte Täter gaben kurz nach Mitternacht auf eine Schankwirtschaft in der Baubacher Straße mehrere Schüsse ab, wobei ein Arbeiter durch einen Rückenstoß schwer verletzt wurde. Um 2.40 Uhr wurde auf eine Schankstätte in der Hubertusallee ebenfalls mehrfach geschossen, wobei eine Person einen Oberschenkelstoß erhielt. Gegen 5.45 Uhr wurden in der Buchholzer Straße beim Sportpalast 8 SA-Leute von 7 Kommunisten beschossen. Zwei Nationalsozialisten wurden dabei leicht verletzt.

Ein Engländer für Ostrevision und Rückgabe der Kolonien

— London, 13. Febr. Vor der Grotius-Gesellschaft für Völkerrecht hielt das Walliser Parlamentsmitglied E. Welljn-Jones eine aufsehenerregende Rede über die Vordringlichkeit von Änderungen an den Friedensverträgen, die praktisch mit der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage eingeleitet würden, welche einer Abschaffung des Teiles 5 von Versailles gleichkommen. Diesem Fortschritt müßte eine Revision der territorialen Bestimmungen von Versailles und Trianon folgen. Der polnische Korridor und die sogen. oberösterreichische Regelung seien die Quellen fortgesetzter und zunehmender Bitterkeit in Deutschland und die offenkundige Mißachtung der Vertragsverpflichtungen gegenüber den deutschen Minderheiten durch die polnische Regierung habe die Deutschen in ihrem Anspruch auf Wiedergutmachung noch bekräftigt.

In einer Beziehung könne England die Initiative zur Ueberwindung unhaltbarer Vertragsbestimmungen ergreifen. Deutschland sei aller überseeischen Besitzungen beraubt worden. Es sei jetzt die Zeit gekommen, um die Stellung der meisten dieser Gebiete neu zu prüfen. Man sollte mindestens das Mandat eines dieser Gebiete Deutschland übertragen, um es schließlich Vollbesitzer werden zu lassen. Deutschland mit seiner in völliger Wiedergebunden begriffenen Bevölkerung habe ein völliges Recht auf Ueberseegebiete, und England mit seinen riesigen Kolonialbesitzungen wie auch die übrigen westeuropäischen Mächte wären sehr kurzfristig, wenn sie weiterhin Deutschlands Wunsch nach Wiedererlangung seiner Kolonien verwerfen wollten. Außerdem würde Großbritanniens Hinweis auf seine Bereitschaft Deutschlands Anspruch anzuerkennen, wahrscheinlich eine völlig neue internationale Atmosphäre schaffen.

Kleine politische Nachrichten

Berliner Feier des Krönungstages des Papstes. Am 11. Jahrestag der Krönung des Papstes Pius XI. zelebrierte in Berlin der päpstliche Nuntius, Cesare Orsenigo in der Hedwigs-Kathedrale in Gegenwart des Diplomatischen Korps, hoher Vertreter der Behörden und der katholischen Geistlichkeit ein feierliches Pontifikalamt. Vor dem Altar hatte Vizekanzler und Reichskommissar v. Papen als Vertreter des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler, der in Leipzig weilte, einen Ehrenplatz.

„Beurlaubungen“ in Preußen. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der Reichspräsident von Kassel, Dr. Friedensburg, bis auf weiteres beurlaubt worden. Weiter sind Regierungspräsident Ehrler (Wiesbaden) sowie Landjägermajor Schäfer und der Kommandeur der Wiesbadener Schutzpolizei, Polizeimajor von Seidlitz, von der kommissarischen preussischen Staatsregierung vom Dienst beurlaubt worden.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Madrid. Nach einem Telegramm aus Madrid sanden gestern vor dem deutschen Botschaftsgebäude kommunistische Kundgebungen statt. Die Kommunisten stießen feindliche Rufe gegen Hitler und die Reichsregierung aus. Steine wurden gegen das Botschaftsgebäude geschleudert. Die Polizei mußte eingreifen und scharfe Schüsse abgeben, um die Sturmgarde der Kommunisten zu zerstreuen.

Italien zu wirtschaftlichen Konzessionen an Amerika bereit. Die italienische Regierung hat sich bereit erklärt, als Gegenleistung für eine Herabsetzung der Kriegsschulden Amerika wirtschaftliche Konzessionen zu gewähren. Einzelheiten über die diesbezüglichen Vorverhandlungen in Washington werden noch nicht bekanntgegeben.

17 Millionen Arbeitslose in Amerika? Nach der Schätzung der Vereinigung zur Erforschung des Arbeitsmarktes waren in den Vereinigten Staaten im November 1932 etwa 17 Millionen Personen arbeitslos, ein Drittel aller „Beschäftigten“. 42 v. H. aller Lohnempfänger seien erwerbslos.

Aus Württemberg

Der Wahlaufruf der Reichsregierung und die württembergische Regierung

Staatspräsident Dr. Bolz hat auf einer Zentrumstagung in Ulm erklärt, daß die württembergische Regierung die Verteilung des Wahlaufrufs der Reichsregierung in den Schulen verboten hat. Dagegen hat die Regierung nichts dagegen, wenn dieser Aufruf an den Plakatsäulen hängt. Wie wir hierzu erfahren, hat sich die württembergische Regierung zu ihrem Vorgehen offenbar aus dem Grund veranlaßt gesehen, weil bisher noch nie derartige Aufrufe in den Schulen verbreitet worden sind. Die Regierung ist wie bisher auch weiterhin bemüht, jede Parteipolitik von den Schulen fernzuhalten.

Die Entscheidung über das Hauptversorgungsamt Stuttgart gefallen

Wie wir aus Berlin erfahren, ist die Entscheidung über das Hauptversorgungsamt Stuttgart gefallen. Diese Behörde wird auf den 1. April 1933 aufgehoben und nach Karlsruhe verlegt, um mit dem dortigen Versorgungsamt vereinigt zu werden. Außerdem werden zum gleichen Zeitpunkt die Versorgungsämter Radolfzell und Ellwangen aufgelöst. Das Arbeitsbereich des Versorgungsamts Radolfzell wird zum weitestgehenden Teil nach Freiburg kommen.

Reichszuschüsse für Instandsetzung von Wohngebäuden

Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt hierzu folgendes:

Bekanntlich hat das Reich weitere 50 Millionen RM. für die Gewährung von Zuschüssen bei Vornahme von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden bewilligt. Auf das Land Württemberg entfallen 1,64 Millionen RM. Die Anträge sind möglichst sofort bei den Bürgermeisterämtern zu stellen, welche dieselben prüfen und über die Gewährung eines Reichszuschusses entscheiden. Die Zuschüsse werden nur dann gewährt, wenn die Instandsetzungsarbeiten für das einzelne Wohngebäude mindestens 100 RM. betragen, wobei jedoch die Baukosten eine angemessene Höhe nicht überschreiten dürfen. Die Höhe des Zuschusses beträgt ein Fünftel der Kosten. Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist jedoch, daß die Arbeiten nach dem 25. September 1932 und vor dem 1. April 1933 begonnen und spätestens am 1. Juli 1933 (bisher 1. Januar 1934) vollendet sein müssen. Ein Wohngebäude, für das ein Zuschuß beantragt wird, muß vor dem 1. Juli 1918 bebauungsfertig geworden sein. Für Arbeiten, die als Schwarzarbeit ausgeführt werden, dürfen Zuschüsse nicht gewährt werden. Für die Teilung größerer Wohnungen in mehrere Wohnungen werden 50 v. H. der Kosten, jedoch höchstens 600 RM. für jede Teilwohnung gewährt.

Der Antrag muß vor Beginn der Arbeiten gestellt werden. Ihm ist ein genauer Kostenvoranschlag beizufügen. Ein Anspruch auf einen Zuschuß entsteht erst mit der Erstellung eines Zuschußbescheides. Als größere Instandsetzungsarbeiten gelten Erneuerung der Dachrinnen und Abflusrohr, Umdecken des Daches, Abputz oder Anstrich des Hauses im Außen, Neuanstrich des Treppenhauses, Erneuerung der Heizanlagen, Beseitigung von Hausschwamm und ähnliche außerordentliche, einen größeren Kostenaufwand erfordernde Instandsetzungsarbeiten. Da anzunehmen ist, daß ziemlich viele Anträge gestellt werden, wird empfohlen, dieselben möglichst sofort einzureichen.

Warn- und Blinklichtanlagen an Eisenbahn-Übergängen

Wie wir hören, hat die Reichsbahn-Hauptverwaltung sich entschlossen, im Laufe dieses Jahres an 100 besonders gefährlichen Eisenbahn-Übergängen Warn- und Blinklichtanlagen zu errichten. Dieser Ausbau ist auf die früheren Anregungen des ADAC zurückzuführen. Die vom ADAC vor einigen Jahren an gefährdeten Übergängen veranschaulicht aufgestellten Warn- und Blinklichtanlagen zeigten bei ihrer technischen Erprobung über lange Zeit so günstige Ergebnisse, daß die Reichsbahn keine Bedenken mehr trägt, diese im Interesse der Verkehrssicherheit wichtigen Warn- und Blinklichtanlagen für alle gefährdeten Eisenbahnübergänge vorzubereiten.

Aus Stadt und Land

Calw, den 14. Februar 1933.

Generalversammlung der Molkerei-Genossenschaft Stammheim

Letzte Woche fand im vollbesetzten Gasthaus zur Linde die 1. Generalversammlung der Molkerei-Genossenschaft Stammheim statt. Vorstand Schötkle begrüßte die Erschienenen. Eingang seiner Ausführungen ging er auf den zurückliegenden Kampf bis zur Gründung der Genossenschaft und bis zur Vollendung des Molkereigebäudes ein. Der von ihm feierlich aufgestellte Voranschlag für das Molkereigebäude mit 6875 M sei nicht überschritten worden. Der Vorwurf, daß er zu groß baue, sei durch die Praxis widerlegt worden. Heute würde er sogar noch etwas größer bauen. Der Voranschlag für die Maschinen mit 6000 M und dazugehörige für die elektrische Einrichtung mit 1000 M sei ebenfalls nicht überschritten. Die Gesamtkosten des betriebstüchtigen Gebäudes betragen einschließlich Bauplatz 16 432 M. Schwer sei die Beschaffung des Geldes gewesen, doch dank der tatkräftigen Hilfe von Mitglied G. Schatke, Schäfer, sei auch die Frage zur Zufriedenheit gelöst worden. Wie rasch der Gedanke der Genossenschaft Wurzel gefaßt bzw. in welchem Maße die Milchlieferungen sich gesteigert haben, darüber gab Schötkle folgende Zahlen bekannt: Milchanklieferung im August v. J. 30 596 Liter, im September 33 376 Liter, im Oktober 39 872 Liter, im November 37 019 Liter, im Dezember 41 818 Liter. Im Januar d. J. sogar 51 000 Liter. Frischmilch wie Rahm, Butter und Käse seien reiflos abgesetzt worden. Die Gesamteinnahmen von August bis Dezember haben 28 825 M, die Ausgaben 26 805 M betragen, es ist somit ein Ueberschuß von circa 2000 M vorhanden gewesen. Nachdem der Vorstand seine Ausführungen beendet hatte gab Rechnungsaich folgende Zahlen vom Jahr 1932

bekannt: Das Soll hat mit 33 280 M, das Haben mit 32 195 M abgegeschlossen. Der Gesamtumsatz habe im Soll und Haben je 125 611 M betragen, es sei somit ein Ueberschuß von 251 223 M gefällig worden. Der Reingewinn von 1932 betrage 166 M. Die Gewinn- und Betriebsrechnung wurde mit folgenden Zahlen bekannt gegeben: Zinsen 284 M, Betriebskosten 2152 M, Abschreibung 1327 M, Sonstiges 126 M. Reingewinn 166 M. Daraus ergriff der Vorstand des Aufsichtsrats Jaf. Ginader das Wort und führte aus, daß verschiedene Kontrollen im Betrieb und beim Rechner zu Beanstandungen nicht geführt haben. Ginader forderte die Mitglieder auf durch Erheben von den Sätzen der Vorstandschaft und dem Rechner Entlastung zu erteilen, was vollzählig geschah. Bei der Aussprache über Verschiedenes tadelte Vorstand Schötkle den sehr starken Margarineverbrauch am Ort und forderte die Mitglieder auf, fleischere Abnehmer der so vorzüglichsten, selbst erzeugten Butter, als auch der billigeren Auslandsbutter zu werden. Weiter fand die Anregung des Vorstands, die Mitglieder sollten sich auf Markenmilch einrichten, ziemlich Beifall. Die diesbezüglichen Vorschriften stellen allerdings größere Anforderungen an den einzelnen Viehhalter, lohnen sich aber doppelt. Auch die Einführung der regelmäßigen Tuberkulose-Untersuchung der Milchkuhe befürwortete Vorstand Schötkle mit dem Hinweis auf besseren Absatz und höhere Preise.

Winternothilfe in Gellingen

In Gellingen wurde dieser Tage erneut eine Sammlung zu Gunsten der Ortsarmen und des Ev. Erziehungsheims Stammheim durchgeführt. Das Ergebnis war wiederum ein sehr zufriedenstellendes. Es wurden gespendet: 30 Btr. Dinkel, 40 Pfd. Weizen, 32 Eier, 50 Pfd. Kohlraben, 3 Btr. Kartoffeln, Habermehl, 3 Paar Strümpfe und 20 M Bargeld.

Altenfeier in Neubulach

Auf Einladung von Stadtpfarrer Maier versammelten sich letzte Woche die über 70 Jahre alten Leute des Kirchspiels zu einer Altenfeier im Neubulacher Sonnen-Saal. Zwei große Kraftwagen brachten die Alten von den sogenannten Städtchen, so daß schließlich 70 Personen, darunter Teilnehmer bis zum Alter von 90 Jahren, gemüthlich beieinander saßen. Nach dem gemeinsam gesungenen Choral „Lobe den Herren“ begrüßte Stadtpfarrer Maier die Erschienenen mit einer herzlichen Ansprache. Dann wurden die Gäste durch ein reichhaltiges Programm des von Frau Stadtpfarrer Maier geleiteten Jungfrauenvereins bestens unterhalten. Die Darbietungen, Gedichtvorträge und andere, dem Tage angepasste Vorführungen, bedeuteten für die Mädchen eine außerordentliche Leistung und machten der bewährten Führung alle Ehre. Ein guter Kaffee mit Heftenfranz belebte zudem die alten Geister, so daß die Feier allseitig dankbare Anerkennung fand. Bürgermeister Braun von Liebelsberg ließ im Verlauf der Feier ein von ihm eigens verfaßtes, eindrucksvolles Gedicht vortragen. Auch Oberlehrer A. Stahl sprach einige passende Gedichte aus der Feder seiner Gattin. Altbürgermeister Proß von Oberhaugstett überbrachte darauf einen schriftlichen Gruß von Bürgermeister Stepper und wies auf die erste Lage der Landwirtschaft hin, hierbei früherer besserer Zeiten gedenkend. Im Anschluß daran lenkte Altschultheiß Müller die Aufmerksamkeit der Alten auf die gute Zeit vor dem großen Krieg hin und führte an, was in den letzten 70 Jahren auch auf dem Lande anders geworden sei. Die Alten, so meinte er, würden von dem neuen Reich nicht mehr viel haben, der Nachkommenschaft aber seien wieder bessere Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs zu wünschen. Zum Schluß dankte Stadtpfarrer Maier im Namen der Erschienenen Stadtpfarrer Maier und Frau sowie dem Jungfrauenverein für die Veranstaltung der schönen Altenfeier. — Abends wurde vom Jungfrauenverein das Unterhaltungsprogramm vor den Müttern und Frauen des Kirchspiels wiederholt und fand wie vordem begeisterten Anklang.

Für den heimischen Wald!

Der Bezirkswaldbauverein Neuenbürg hielt seine gut besuchte Jahresversammlung in Unterlengenhardt ab. Der Vorsitzende, Bürgermeister Kugle, Unterlengenhardt, begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Vertreter des württembergischen Forstwirtschaftsrats sowie Forstmeister Widmann und Oberförster Wabele vom Forstamt Liebelszell, die durch ihre Anwesenheit das Interesse der Staatsforstverwaltung an der Förderung der bäuerlichen Waldwirtschaft bekundeten. Sodann hielt Forstassessor Berger vom württembergischen Forstwirtschaftsrat, Stuttgart, einen Vortrag über die Lage und den Kampf um die Wiederherstellung der Rentabilität der Wald- und Holzwirtschaft, an den sich eine rege Aussprache über verschiedene wirtschaftspolitische und waldbirtschaftliche Fragen anschloß. Insbesondere wurde die Untragbarkeit der derzeitigen Höhe des Waldkaters scharf hervorgehoben und vom Vorsitzenden auf die lebhafte diesbezügliche Eingabe des Bezirkswaldbauvereins Neuenbürg an die württembergische Regierung und den Landtag hingewiesen. Man dürfe wohl endlich die berechtigten Hoffnungen haben, daß Regierung und Landtag dieses steuerliche Unrecht beseitigen. In der Einheitsbewertung des Waldes wurde ebenfalls in lebhafter Aussprache Stellung genommen. Forstmeister Widmann betonte die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit des öffentlichen und privaten Waldbesitzes. Das Ziel der Leistungs- und Ertragssteigerung im bäuerlichen Walde sei sowohl im Interesse der einzelnen Besitzer wie auch der gesamten Volkswirtschaft so bedeutsam, daß sich dieser Aufgabe alle verantwortlichen Stellen und Kreise tatkräftig annehmen müßten.

Weiter für Mittwoch und Donnerstag

Hochdruck erstreckt sich von England bis nach dem Balkan, während sich im hohen Norden eine starke Depression zeigt. Vorerst herrscht aber der Hochdruck noch vor, so daß für Mittwoch und Donnerstag mehrfach heiteres trockenes und nachts frostiges Wetter zu erwarten ist.

SCB. Herrenberg, 13. Febr. Schlossermeister Rieder von Böblingen, der eine längere Freiheitsstrafe abzuhängen hat,

ist letzten Freitag aus dem Gefängnislager entwichen. Er kam nach Herrenberg und tat sich gültig im Hotel „zur Sonne“, von wo aus er auch nach Böblingen telephonierte. Selbstverständlich war die hiesige Landjägermannschaft bald verständigt und verhaftete den Ahnungslosen vom Vesper weg.

SCB. Freudenstadt, 13. Febr. Am Sonntag früh gab es in Freudenstadt zwar 9 Grad Kälte, aber der Schneefall war sehr spärlich. Dabei soll die Deutsche Skimeisterschaft in der Zeit vom 17. Februar bis 20. Februar stattfinden.

SCB. Stuttgart, 13. Febr. Der Württ. Obstbauverein hielt im großen Saal des Bürgermuseums seine Verträuensmänner- und Generalversammlung ab. Im letzten Jahr konnten 1500 neue Mitglieder gewonnen werden. Ihre Gesamtzahl beträgt jetzt 7044. Für den nächsten Obstbaujahr, der im Oktober im Schwarzwaldkreis stattfinden soll, hatten sich Calw, Herrenberg und Nagold beworben. Als Tagungsort wurde Herrenberg gewählt.

SCB. Stuttgart, 13. Febr. Die politischen Ereignisse in der letzten Zeit haben die Reichsbahndirektion veranlaßt, dem Reichsbahnpersonal eine frühere Verfügung des Generaldirektors in Erinnerung zu bringen, wonach politische Agitation bei der Reichsbahn im Dienst nicht gebildet werden kann. Den einzelnen Beamten, Angestellten und Arbeitern ist es demnach auch untersagt, parteipolitische Zeitschriften, Tageszeitungen und Flugblätter, sei es auch nur in beschränktem Kreise, im Dienst zu verteilen oder umlaufen zu lassen, selbst wenn dabei amtliche Einrichtungen nicht benutzt werden. Der amtliche Umlauf von Tageszeitungen usw. wird hierdurch jedoch nicht berührt.

SCB. Göppingen, 13. Febr. Auf dem Schillerplatz fand am Sonntagmittag eine nationalsozialistische Wahlkundgebung statt, zu der sich neben der aus verschiedenen Bezirken zusammengezogenen nationalsozialistischen SA. und dem Stahlhelm ungefähr 4-5000 Teilnehmer eingefunden hatten. Während der Ansprachen kam es an einer Stelle des Platzes zu Meutereien, als politisch Andersgefinnte beim Absingen des Deutschlandliedes ihre eigenen Kampflieder anstimmten. Die Polizei griff mit dem Gummiknüppel ein.

Turnen und Sport

Unterer Schwarzwald-Nagold-Turngau

Zu einer Turnwarteschulung, welche über das Wochenende in der Turnhalle in Altensteig abgehalten wurde, hatten die Gauvereine fast vollzählig ihre Frägnarier entsandt. Die Veranstaltung stand unter der Oberleitung von Gauoberturnwart Großmann, der von Männerturnwart Pankle und den Gauturnausführungsmittgliedern unterstützt wurde. Es wurden die Grundlagen für die turnerische Arbeit im laufenden Jahr geschaffen, die voll und ganz im Zeichen des Deutschen Turnfestes steht. Die Turnerinnen übten geordnet unter Gaufrauenturnwart Schnauffer die Freiübungen und den Chorbestanz. In der Turnhalle wurden zunächst die Freiübungen der Turner gründlich eingeübt. Im Anschluß behandelte Regenbergs-Calw den Lauf, im besonderen wie er gesteigert werden kann. Gaukassier Stadtpfleger Krapf gab interessante Erläuterungen über das Schifahren. Abends folgte die Vorführung des Vorbefilms zum 15. Deutschen Turnfest in Stuttgart im „grünen Baum“. Der Sonntagmorgen sah die Turner und Turnerinnen eifrig bei der Arbeit. Einen breiten Raum nahmen wieder die Freiübungen ein, die in ihren verschiedenen Taktsätzen große Anforderungen stellen. Im Anschluß übten die einzelnen Fachwarte in ihren eigentlichen Gebieten, wobei dann auch das Geräteturnen behandelt wurde. Das Volksturnen fand eine Ausdehnung in Sprung-, Wurf und Stoß. Beim Geräteturnen wurde besonderer Wert auf den demnächst stattfindenden Geräteturnerwettbewerb mit dem Mittleren Schwarzwaldgau gelegt und dann noch die Geräteübungen für den 12. und 10-Kampf durchgeführt. Damit war die turnerische Arbeit beendet.

Für die nächsten Bezirksversammlungen wird erwartet, daß in den Freiübungen ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Jugendwanderungen finden bezirksweise statt, und zwar für den Bezirk Nagold auf Hohennagold, für den Bezirk Enz auf die Schwanner Warte. Das geplante Probeturnen für das Vereinskriegerturnen in Hirsau bzw. Waldrennau wird womöglich 4 Wochen vor dem Deutschen Turnfest durchgeführt werden, um den Vereinen noch die Möglichkeit zu einer Vorführung innerhalb des Vereins zu geben. Der Geräteturnerwettbewerb mit dem Mittleren Schwarzwaldgau findet am 19. März (nicht am 5. März) in Verbindung mit der Bezirksturnwarterversammlung in Nagold statt.

Fußballspiele am Sonntag

Egenhausen 1 — Althengstett 1 2:3
Egenhausen 2 — Althengstett 2 4:1

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

SCB. Stuttgart, 13. Febr. Bei ruhigem Geschäft lag die Börse sowohl am Aktien- wie auch am Rentenmarkt ziemlich fest.

Landesproduktbörse

Die Tendenz auf dem Getreidemarkt hat sich in abgelaufener Woche ruhiger gestaltet und die Preise waren etwas nachgiebiger. Infolge der Unsicherheit über neue Regierungsmassnahmen beobachtet sowohl Käufer als auch Verkäufer Zurückhaltung. Bis jetzt ist nur eine Einfuhrsperrung für ausländische Futtergerste ergangen. — Der Saatmarkt war gut besucht; Umsätze wurden hauptsächlich in kleineren Quantitäten getätigt. An der Stuttgarter Landesproduktbörse waren die Preise unverändert. Es notierten je 100 Kg.: Weizen 20-20,50 (am 6. Febr.: unv.), Roggen 17 bis 17,25 (unv.), Braugerste 18-19,25 (unv.), Futtergerste 16 bis 16,50 (unv.), Hafer 12,50-13 (unv.), Wiesenheu (loose) 8,50 bis 4 (unv.), Kleeheu (loose) 4,50-5,50 (unv.), drabgepreßtes Stroh 2,50-2,80 (unv.), Weizenmehl 31-31,50 (unv.), Brotmehl 24-24,50 (unv.), Kleie 7,75-8 (unv.) RM.

Der Ruf nach staatlicher Hilfe und Unterstützung wird häufig verbunden mit einer übertrieben ungünstigen Darstellung der eigenen Verhältnisse. Die betreffenden Wirtschaftskreise vergessen, daß die Uebertreibungen schnell bekannt werden und daß dann ihre wirkliche Not leicht unterschätzt wird.

Der Kredit folgt dem Vertrauen, das ist eine alte Erfahrung. Wer kein Vertrauen genießt, bekommt keine oder nur sehr teure Darlehen. Diejenigen, die in den letzten Jahren das Vertrauen zu sich selbst untergraben haben, ziehen jetzt die bittere Lehre, daß auch die Hilfsmittel des Staates sehr beschränkt sind und daß Selbsthilfe sicherer und besser ist.

Die Selbsthilfebestrebungen gewinnen neuerdings stark an Boden. Beim Sparen, einem der wirksamsten Selbst-

hilfsmittel, zeigt sich das in dem Anwachsen der Spareinlagen bei den Sparinstituten. Zwar ist Kapital in Deutschland aus vielen Gründen sehr knapp. Aber das Herauskommen der aus falscher Angst gehamsterten Banknoten, die stärkeren Einzahlungen bei den Sparkassen und manche andere Anzeichen berechtigen zu der Hoffnung, daß allmählich auch in Deutschland wieder eine normale Kreditpolitik möglich werden wird.

Holzverkäufe der Stadtgemeinde Freudenstadt

Die Waldinspektion Freudenstadt tätigte in letzter Zeit verschiedene Holzverkäufe mit dem erfreulichen Ergebnis steigender Preise und guter Nachfrage. Hoffentlich ist dies nicht nur eine vorübergehende Erscheinung! Die einzelnen Verkäufe, teils freihändig, teils in Submision, fanden wie folgt statt: Am 3. Dezember 1932 ein freihändiger Verkauf von 798,77 Fm. Fichten- und Tannenstammholz mit einem Ausbot von 24 176,80 RM. und einem Erlös von 10 432 RM. (43,1 Prozent). — Am 9. Januar 1933 fand im Hotel „Adler“ ein Verkauf in Submision statt. Zum Verkauf standen 929,25 Festmeter Fichten- und Tannen-Lang- und Sägholz mit einem Ausbot von 28 775,44 RM., erlöst wurden 13 001 RM. (47,3 Prozent). — Am 18. Januar wurden unter der Hand 17,25 Fm. Fichten- und Tannenstammholz verkauft mit einem

Ausbot von 5291,73 RM., Erlös 2494 RM. (47,3 Prozent). — Der diesjährige Forchen-Stammholzverkauf fand am Montag, den 23. Januar, im Hotel „Napfen“ in schriftlichem Aufstreich statt. Zum Verkauf standen 711 Forchen (Lang- und Sägholz) 1.—3. Kl. mit 131,91 Fm. Der reguläre Taxpreis würde betragen 42 454,18 RM., erlöst wurden 24 848 RM. (58,5 Prozent). — Am Montag, den 5. Januar 1933, fand in der „Burg“ ein Reifig-Verkauf statt, bei dem wieder auf Steigerungslust zu verzeichnen war. Zum Verkauf standen 600 Wellen, veranschlagt zu 207 RM., erlöst wurden aber 411,50 RM.

Viehpreise

Dornhan: Zugtiere 132—135, Jungarren 80, Kuh mit Kalb 210, Kalbinnen trächtig 145—280, Schlachtkalbinnen 220 bis 230, Jungvieh 80—140 M. — Echterdingen a. S.: Ochsen 350, Kühe 220—315, Kalbinnen 230—350, Rinder 120—200, Kleinvieh 80—120 M. — Ravensburg: Anstehender: 70 bis 220, trächtige Kühe 200—320, Milchkuhe 180—300, Kalb 200 bis 340 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

Amtl. Bekanntmachungen Reichstagswahl am 5. März 1933.

Die Gemeindebehörden werden auf den Erlaß des Innenministeriums vom 9. Februar 1933 (Staatsanzeiger Nr. 34) hingewiesen und veranlaßt, das hienach Erforderliche alsbald einzuleiten.

Insbesondere ist dabei folgendes zu beachten:

1. Der Wahltag ist unverzüglich in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.

2. Die Stimmlisten (Stimmkarteen) sind bis spätestens 18. Februar 1933 unter Beachtung der §§ 2 bis 8 RStD. aufzustellen. Als bald nach der Fertigstellung der Stimmlisten (Stimmkarteen) ist dem Oberamt auf kürzestem Weg (fernmündlich) die vorläufige Zahl der Stimmberechtigten zu berichten. Die Auslegung der Stimmlisten (Stimmkarteen) hat in der Zeit vom 19. Februar bis 26. Februar 1933 (je einschließlich) zu jedermanns Einsicht zu erfolgen. Spätestens am 18. Februar 1933 ist in ortsüblicher Weise bekanntzumachen, wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Stimmlisten (Stimmkarteen) zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Stimmlisten (Stimmkarteen) erhoben werden können. In der Bekanntmachung über die Auslegung der Stimmlisten (Stimmkarteen) ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß zur Abstimmung am Wahltag nur zugelassen wird, wer in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Der Abschluß der berechtigten Stimmliste (Stimmkartei) durch die Gemeindebehörde (22 RStD.) geschieht am zweckmäßigsten wenige Tage vor dem Wahltag.

3. Spätestens am 6. März ds. Js. ist von den Gemeindebehörden dem Oberamt die Zahl der ausgestellten Stimmheine anzuzeigen.

4. Ueber die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, Bestimmung der Abstimmungsräume und Festlegung der Abstimmungszeit wird hienmit folgendes bestimmt:

- a) Die Abstimmungsbezirke und Abstimmungsräume sind die gleichen wie bei der Reichstagswahl am 6. November 1932.
b) Die Abstimmungszeit dauert in den Abstimmungsbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, im Abstimmungsbezirk IV (Bezirkskrankenhaus Calw) von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und in den übrigen Abstimmungsbezirken von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

5. Wegen der Bestellung der Abstimmungsvorsteher und deren Stellvertreter ist von den Gemeindebehörden dem Oberamt bis spätestens 18. Februar ds. Js. ein geeigneter Vorschlag zu machen.

6. Spätestens am Mittwoch, den 1. März 1933, haben die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise bekanntzumachen:

- a) Die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Lage der Abstimmungsräume, sowie Tag und Stunde der Abstimmung;
b) daß die Stimmzettel, die alle zugelassenen Wahlvorschläge enthalten, amtlich hergestellt sind und am Abstimmungstag im Abstimmungsraum den Stimmberechtigten ausgehändigt werden;
c) daß der Stimmberechtigte bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder durch Unterschriften oder in sonst erkennbarer Weise den Wahlvorschlag bezeichnet, dem er seine Stimme geben will.

7. Die Gemeindebehörden werden angewiesen, die bei ihnen verwahrten Stimmzettel der Reichstagswahl vom 31. Juli und 6. November 1932, soweit noch vorhanden, zu vernichten.

8. Die für die Wahl erforderlichen Vorbehalte werden, mit Ausnahme der Stimmlisten (Stimmkarteen), vom Oberamt gemeinsam bestellt und den einzelnen Gemeinden in den nächsten Tagen zugehen.

Calw, den 13. Februar 1933.

Oberamt: R o p p m a n n.



Gemüsekonserven

aus der vorbildlich eingerichteten GEG-Gemüse- und Obst-Konservenfabrik Stendal eraparen der gemüseschaftlichen Hausfrau das mthvolle und kostgünstige Einwecken.

nur im Konsumverein

Bad Teinach, den 13. Februar 1933 Dankfaguna Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters Heinrich Kossfischer Kaufmann uns von allen Seiten erwiesene Teilnahme, ganz besonders für die einzelnen Nachrufe und den Gesang, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. In tiefer Trauer: Familie Kossfischer.

Zwangsversteigerung Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Calw Heft 54 Abteilung I Nr. 3, 4, 6 bis 12 und im Grundbuch von Alzenberg Heft 87 Abteilung I Nr. 1 bis 4 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Georg Adam Kolhacker, Bauers auf dem Windhof und seiner Ehefrau Margarete geb. Schauble, je zur Hälfte eingetragenen Grundstücke Markung Calw: Parz. Nr. 2304 16 a Acker auf dem Calwer Hof 450 RM. 2305 16 a Acker dabeibst 450 2307 16 a Acker dabeibst 450 2301 16 a Acker dabeibst 450 2300 16 a Acker dabeibst 450 2298 32 a Acker dabeibst 900 2207/3 28 a 74 qm Acker und unbebauter Weg Laulacker 900 2306 16 a Acker auf dem Calwer Hof 450 Geb. Nr. 5 Windhof 15 a 75 qm Wohnhaus, Scheuer und Hofraum Windhof 12 000 Markung Alzenberg: Geb. Nr. 32 24 qm einstöck. Feuerscheuer auf Parz. Nr. 137 im Gütle 280 Parz. Nr. 135/1 8 a 83 qm Gras- u. Baumgarten im Gütle 800 137 31 a 18 qm Wiese im Gütle 800 139 32 a Wiese u. Rain im Gütle 800 am Donnerstag, den 30. März 1933, vormittags 9 Uhr, auf dem Rathause in Calw (Grundbuchzimmer) versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 30. November 1932 in das Grundbuch von Calw und am 7. Dezember 1932 in das Grundbuch von Alzenberg eingetragen. Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden. Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. Calw, den 13. Februar 1933. Kommissär: Bezirksnotar Grathwohl.

Gesucht auf 1. Juli (evtl. früher oder später) schöne sommerliche 3-Zimmer-Wohnung mit Bad möglichst in Höhenlage der Stadt. Angebote mit Preisangabe unter S. 33 an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten. Per 1. 4. oder 1. 5. eine schöne 3-Zimmer-Wohnung mit Glasabfluß zu vermieten. Die Leihung kann zwischen 12-1 Uhr besichtigt werden. Angebote unter S. 37 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. Zwangsversteigerung. Es werden öffentlich meistbietend gegen Bar versteigert, Mittwoch, 15. 2., 9 Uhr in Oberkollbach: 1 Hobelbank gedr., ferner 1 Kalbin. Zusammenkunft b. Rathaus. Ger.-Vollz.-Stelle. Städt. Hausfrauen-Verein Heute Dienstag abends 8 Uhr im Gasthaus Schlanderer 1. Etage über die Leipziger Belegschaftsstelle des Reichsverbandes Deutscher Hausfrauenvereine. Morgen Mittwoch abends 8 Uhr Frauenbesprechungsabend im Wohnzimmer des Vereinshauses. B. S. V. C. Freitag, den 17. Febr. bei Fräulein Belzer Für kleineren Geschäftshaushalt wird ein ehrliches, fleißiges Mädchen gesucht dem Gelegenheit geboten wäre, das Kochen zu erlernen. Angebote unter R. 37 an die Geschäftsstelle ds. Bl. Ehrliches, pünktliches Mädchen auf 1. März gesucht. Angebote unter A. 37 an die Geschäftsstelle ds. Bl. Vogelfutter aller Art empfiehlt Ritterdrogerie E. Bernsdorff. Sonnige abgeglichene 4-Zimmer-Wohnung wird auf 1. Juli vermietet Marktplatz 12

Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw Hauswirtschaftliche Ausstellung Vom 9.—13. März findet im Bad. Hof und in der städt. Turnhalle in Calw die hauswirtschaftliche Ausstellung statt. Die Geschäfte sämtlicher Branchen werden zur Beteiligung höflich eingeladen. Kosten für Platzmiete entstehen für die Aussteller nicht Näheres durch den Unterzeichneten. Anmeldungen umgehend erbeten an den Vorf. Sch. Essig.

Calwer Liederkranz Samstag, den 18. Februar 1933, abends 7/8 Uhr im Bad. Hof Familienabend mit abwechslungsreich. Programm Hierzu werden unsere aktiven und passiven Mitglieder höflichst eingeladen. Der Ausschub.

Klingel- und Haustelefon-Anlagen Trocken- und Naßelemente — Taschenlampen sowie Batterien und Birnen — Gasanzünder Elektro-Ziegler Calw Fernsprecher 211

Ehe Sie einen Druckauftrag nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können. „Tagblatt“-Buchdruckerei Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 23

Wegen Aufgabe des Artikels verkaufe ich meine Lederwaren weit unter Ankauf. Vielleicht benötigen auch Sie einen passenden Gegenstand aus meinem Schaufenster. Ernst Kirchherr Buch- u. Papierhandlung

Bezirks-Vertreter für jedes Oberamt des Schwarzwaldkreises gesucht. Artikel ist neu. Abnehmer sind Industrie, Handel, Gewerbe, Behörden, Hoher Verdienst. Angebote unter E. 37 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Dauerexistenz! In allen Orten 20—25 Mk. Verdienst wöchentl. durch leichte Beschäftigung. Ang. u. B. Sch. 91096 Stuttgart, Hauptpostlagernd. Konsumverein Warenabgabe nur an Mitglieder